

Griechenland auf Eurokurs: Maastrichtkriterien erfüllt?	123
Der private Verbrauch in Deutschland im Jahre 1999: Differenzierte Entwicklung in den Verwendungsbereichen	127
Internationaler Reiseverkehr weiterhin lebhaft	132

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 10/2000

Berlin

9. März 2000

67. Jahrgang

Griechenland auf Eurokurs: Maastrichtkriterien erfüllt?

Mit dem in diesen Tagen vorliegenden Antrag auf Teilnahme an der Europäischen Währungsunion ist jetzt auch Griechenland auf Eurokurs. Nur wenig beachtet von der europäischen Öffentlichkeit hat dieses Land in den letzten Jahren schwierige strukturelle und konjunkturelle Probleme in den Griff bekommen. Eine kurze Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung und des Standes der Realisierung der Maastrichtkriterien soll die Beurteilung der Chancen und Risiken Griechenlands im Hinblick auf die Einführung des Euro erleichtern.

Ausgangslage

Kein anderes westliches Industrieland ist mit einer ähnlich schweren wirtschaftlichen Hypothek in die neunziger Jahre gegangen wie Griechenland. Im Jahre 1990 stagnierte die Wirtschaft bei einer Arbeitslosenquote von damals schon etwa 7 %. Die Verbraucherpreise und die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten stiegen um mehr als 20 %. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt betrug das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte über 16 % und war damit noch weit höher als in Italien, während das Leistungsbilanzdefizit sich auf mehr als 4 % belief. Seitdem hat sich die wirtschaftliche Situation entschieden gewandelt. Zunächst haben allerdings der zu Beginn des letzten Jahrzehnts eingeleitete drastische finanzpolitische Sparkurs und die geldpolitischen Restriktionen in erheblichem Umfang dämpfend auf das Wirtschaftswachstum gewirkt; im Gefolge stieg die Arbeitslosenquote bis Mitte der neunziger Jahre auf über 10 %. Ohne die erheblichen Transferzahlungen der Europäischen Union an Griechenland — 3 bis 4 % des Bruttoinlandsprodukts — wäre die Wachstums- und Arbeitsmarktbilanz in den letzten Jahren noch negativer ausgefallen.

Der Verbraucherpreisanstieg konnte mit der restriktiven Wirtschaftspolitik und größeren Produktivitätsfortschritten

bis 1998 auf rund 5 % zurückgeführt werden (Tabelle), und die Sanierung der Staatsfinanzen schritt rasch voran. Schon 1998 wurde das Maastrichtkriterium für die Defizitquote der öffentlichen Haushalte mit 2½ % erreicht. Dennoch war Anfang 1998 klar, dass Griechenland trotz eines ausgeprägten Beitrittswunsches nicht an der am 1. Januar 1999 in Kraft tretenden Europäischen Währungsunion teilnehmen würde. Die finanzpolitischen Kriterien und das Preisstabilitätskriterium konnten nicht rechtzeitig realisiert werden; infolgedessen lag das Zinsniveau noch weit über dem der anderen Beitrittskandidaten, und der Wechselkurs wies nicht die erforderliche Stabilität auf. So ist es eher überraschend, dass schon jetzt, nur gut ein Jahr nach Beginn der EWU, auch Griechenland davon ausgeht, bald an der Währungsunion teilnehmen zu können.

Konvergenzstrategie und innere Reformen

Wichtigstes wirtschaftliches Ereignis des Jahres 1998 war der Eintritt der Drachme in den Europäischen Wechselkursmechanismus am 16. März. Dabei wurde die zentrale Parität mit 1 ECU = 357 Drachme festgelegt, was einer Abwertung der griechischen Währung um 12,3 % entsprach. Kurz zuvor war schon die mit den Maastricht-

Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung Griechenlands

	1996	1997	1998	1999	2000
	Veränderung in % gegenüber Vorjahr				
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,4	3,2	3,7	3,4	3,8
Privater Verbrauch	1,9	2,6	1,8	2,0	2,8
Öffentlicher Verbrauch	1,0	-0,4	0,4	-1,0	0,0
Bruttoanlageinvestitionen	8,8	9,6	9,7	10,6	9,0
Exporte	3,1	5,2	9,2	5,7	6,5
Importe	5,1	5,3	5,6	5,8	6,0
Verbraucherpreisindex (HVPI)	7,9	5,4	4,6	2,3	2,2
Arbeitslosenquote in %	10,3	10,3	10,1	9,5	9,0
Quellen: Europäische Kommission; 2000 Prognose des DIW.					

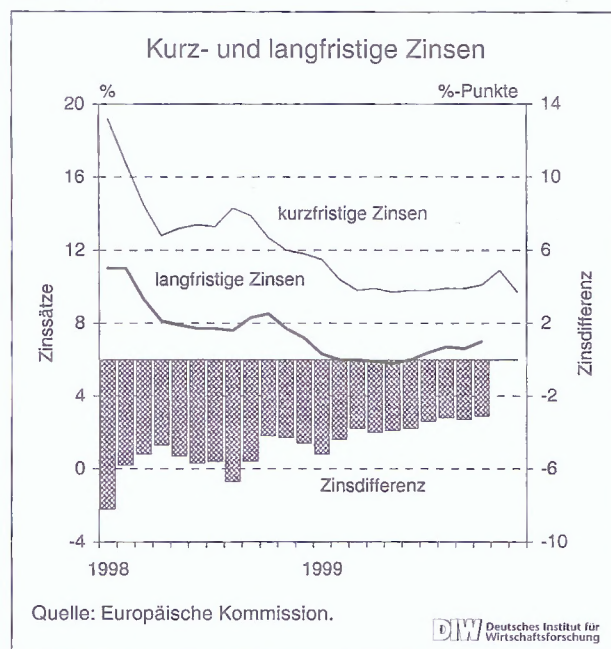
verträgen geforderte Unabhängigkeit der Zentralbank beschlossen worden. Die gesamtwirtschaftliche Konstellation hat sich damit erheblich verändert. Begleitet wurde die Teilnahme am Wechselkursmechanismus von der Ankündigung eines umfangreichen Pakets von Maßnahmen zum raschen weiteren Abbau der öffentlichen Defizite (insbesondere Ausgabenkürzungen) und zur Privatisierung öffentlicher Unternehmen sowie von Reformen im Bereich der sozialen Sicherung und der Arbeitsmarktregulierung. Beides, die Teilnahme am Wechselkursmechanismus und die angekündigten Reformen, verstärkten das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik. In Erwartung einer baldigen Euroteilnahme kam es zu einem deutlichen Rückgang der Inflationserwartungen. In Verbindung mit massiven Kapitalzuflüssen sanken die langfristigen Zinsen spürbar (Abbildung 1). Bei diesen Rahmenbedingungen blieb der Wechselkurs der Drachme ständig über der neuen zentralen Parität; dennoch ergab sich im Jahresdurchschnitt ein deutlicher Abwertungseffekt (Abbildung 2). Damit verbesserte sich auch die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Das vorherige Wechselkursregime mit einem über längere Zeit aus Gründen der Inflationsbekämpfung überhöhten Wechselkurs, der mit einem hohen Zinsdifferential gegenüber den wichtigsten Handelspartnern einherging, war wegen der andauernden schlechten außenwirtschaftlichen Situation nicht mehr zu halten gewesen. Allerdings erhöhte die Abwertung vorübergehend noch einmal den Inflationsdruck. Zwar hatten die Sozialpartner sich in einem Zweijahrespakt auf moderate Lohnsteigerungen verständigt, und auch die Löhne im öffentlichen Sektor stiegen langsamer als die Verbraucherpreise, dennoch beschleunigte sich — vor allem als Folge der gestiegenen Importpreise — der Preisanstieg im Sommerhalbjahr 1998 auf über 5 %, danach ging er spürbar zurück.

Zum 1. Januar 1999 wurde der Drachme-Leitkurs im neu beschlossenen Europäischen Wechselkurssystem II mit 1 Euro = 353,109 Drachme festgesetzt, unter Beibe-

haltung der bisherigen Schwankungsbreite von 15 % nach oben und unten. Schließlich wurde am 15. Januar 2000 der Leitkurs auf 340,75 Drachme je Euro, und damit um 3,5 %, heraufgesetzt. Dieser Kurs wird voraussichtlich auch der dann — nach der Entscheidung über die Teilnahme Griechenlands an der EWU — unwiderrufliche Umrechnungskurs zum Euro sein.

Ohne die andauernden hohen EU-Transfers — die bereits bis mindestens zum Jahr 2006 zugesagt sind — wären die Aufwertungsschritte angesichts der defizitären Handels- und Leistungsbilanz allerdings kaum möglich gewesen. Die währungspolitische Balance scheint bisher gelungen, wobei das Zinsgefälle gegenüber dem

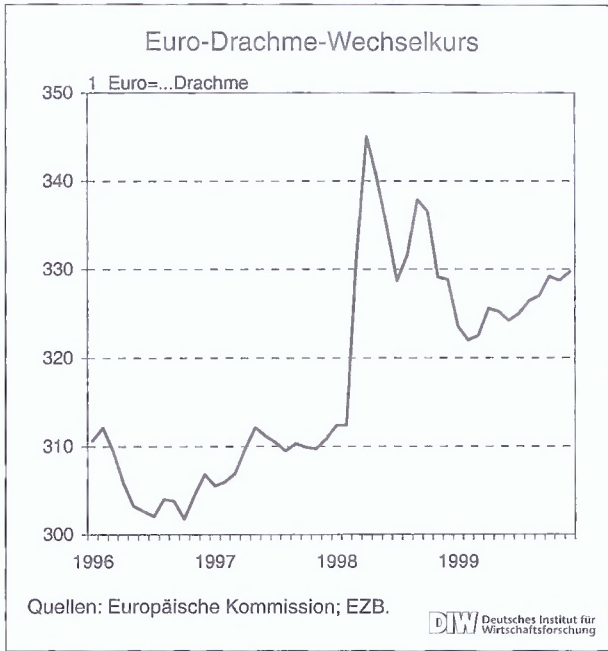
Abbildung 1



Quelle: Europäische Kommission.

DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Abbildung 2



Euroraum immer noch groß ist. Die Zentralbank wird die kurzfristigen Zinsen wohl noch möglichst lange in diesem Jahr hoch halten, um die Glaubwürdigkeit der Preisstabilisierungsstrategie zu unterstreichen. Erst kurz vor dem Beitritt würde dann das Zinsdifferential rasch verringert.

Bei alledem hat sich der Gesundungs- und Konvergenzprozess der griechischen Wirtschaft 1999/2000 fortgesetzt. Im fünften Jahr in Folge liegt nun das Wirtschaftswachstum mit voraussichtlich knapp 4% deutlich über dem EU-Durchschnitt. Der private Verbrauch, der vorübergehend infolge sehr moderater Lohnsteigerungen nachgelassen hatte, erholte sich wieder, nicht zuletzt, weil der rasche Inflationsrückgang die Kaufkraftentwicklung begünstigte; die Bruttoanlageinvestitionen expandieren sogar in hohem Tempo. Mit den sinkenden Zinsen erhält auch der Wohnungsbau neue Impulse, nachdem schon die Wiederaufbauarbeiten nach dem Athener Erdbeben zur Belebung der Baukonjunktur beigetragen hatten. Zudem werden auch die öffentlichen Haushalte im Hinblick auf die Bedienung der Staatsschuld zunehmend entlastet. Gleichzeitig steigen die Einnahmen rasch, obwohl verschiedene indirekte Steuern sogar gesenkt wurden, um die Preisstabilisierung zu beschleunigen. Zum ersten Mal seit langem nimmt auch die Arbeitslosigkeit merklich ab. Die soeben ausgelaufenen zweijährigen Tarifvereinbarungen hatten Nominalloohnerhöhungen lediglich auf der Basis der erwarteten Inflation vorgesehen. Tatsächlich waren die Preissteigerungen geringer als angenommen. Dies hat dazu beigetragen, dass die Linie der moderaten Nominallohnsteigerungen trotz der guten Konjunktur fortgesetzt wird. In der Öffentlichkeit Griechenlands ist die

Bereitschaft, alle Maßnahmen zur Erreichung der Euro-kriterien zu unterstützen, offensichtlich groß, wie auch die Wahlkampfthemen zur bevorstehenden Parlamentswahl im April zeigen.

Beurteilung der Maastrichtkriterien¹

Wechselkurskriterium

Im Rahmen des Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems wurden die vereinbarten und vorgesehenen Bandbreiten in den letzten zwei Jahren vor der Prüfung, die bis zur Jahresmitte 2000 stattfindet, ohne starke Spannungen eingehalten. Insbesondere wurde die Drachme, am Leitkurs gemessen, seit dem Frühjahr 1998 nicht abgewertet — wie ausdrücklich untersagt —, sondern sogar aufgewertet. Das Kriterium ist daher erfüllt.

Kriterium zur Finanzlage der öffentlichen Hand

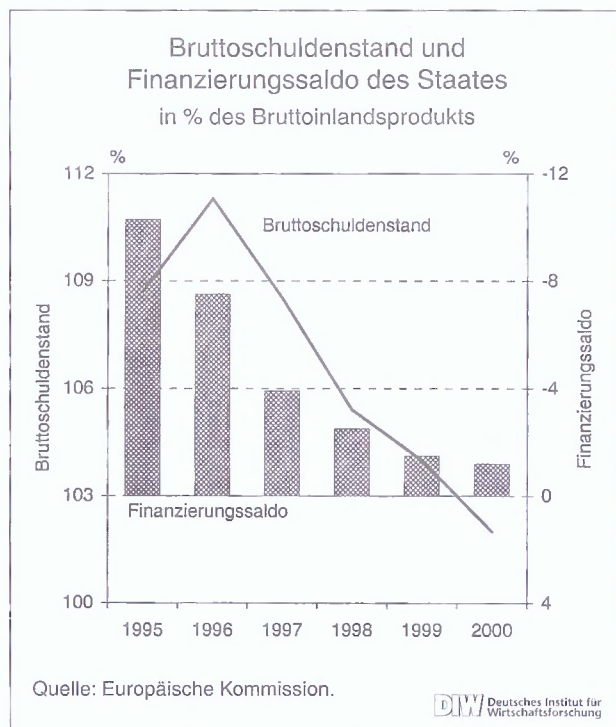
Ein übermäßiges öffentliches Finanzierungsdefizit besteht nicht mehr; das Verhältnis von staatlichem Defizit zu Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen lag bereits 1999 bei etwa 1½% und die Quote soll trotz der zusätzlichen Ausgaben infolge des Erdbebens in diesem Jahr weiter zurückgeführt werden. Damit ist auch dieses, bisher immer besonders stark gewichtete Kriterium erfüllt. Nicht eingehalten wird dagegen die Obergrenze für das Verhältnis zwischen Schuldenstand und Bruttoinlandsprodukt von 60%. Die Schuldenquote liegt gegenwärtig noch etwas über 100%, geht aber seit dem Höchststand von 1996 ständig zurück (Abbildung 3). Da die Situation in Bezug auf dieses Kriterium besser ist als bei den EWU-Mitgliedsländern Italien und Belgien — und erst recht besser als in diesen Ländern zum Zeitpunkt der Entscheidung über deren Teilnahme an der Währungsunion —, dürften sich aus der Überschreitung der Schuldenquote keine Schwierigkeiten ergeben.

Kriterium zur Preisstabilität

Während des letzten Jahres vor der Prüfung darf die durchschnittliche Preissteigerungsrate (gemessen mit dem „Harmonisierten Verbraucherpreisindex“) nicht um mehr als 1,5 Prozentpunkte über der Inflationsrate der (höchstens) drei in dieser Hinsicht „besten“ Mitgliedstaaten gelegen haben. Diese Bedingung war nach den bisher vorliegenden Zahlen für das Jahr 1999 bei einer Inflationsrate von etwa 2,3% (Abbildung 4) wohl noch knapp verfehlt. In den letzten Monaten des Jahres 1999 hatte

¹ Gemäß dem Protokoll über die Konvergenzkriterien nach Artikel 121 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.

Abbildung 3



sich der Preisanstieg etwas beschleunigt, insbesondere wegen des Einflusses der stark gestiegenen Rohölpreise. Diesem Einfluss unterliegen aber auch die Vergleichsländer. Die Abweichung vom Referenzwert für 1999 ist so gering, dass sie — auch angesichts der statistischen Fehlermargen — für die EWU-Teilnahme nicht ausschlaggebend sein dürfte, zumal schon im Januar der Preisanstieg in Griechenland mit 1,6% sogar unter dem aller EWU-Länder lag.

Kriterium der Konvergenz der Zinssätze

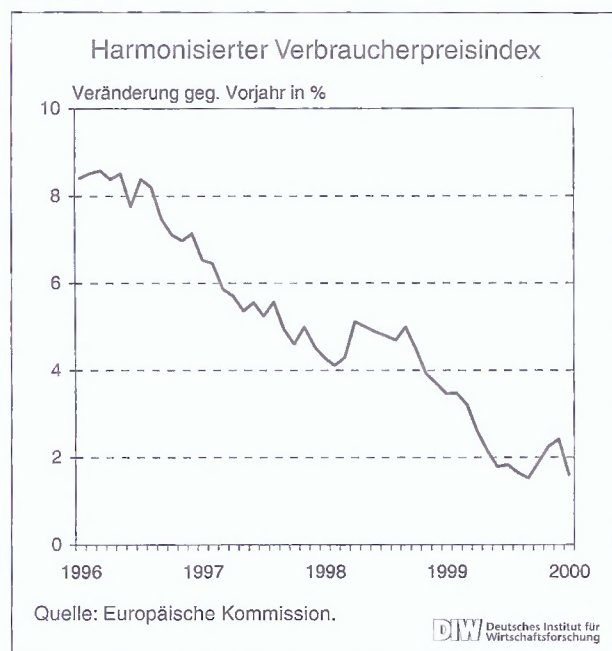
Analog zum Preisstabilitätskriterium darf der durchschnittliche langfristige Nominalzins für Staatsschuldverschreibungen oder vergleichbare Wertpapiere um nicht mehr als 2 Prozentpunkte vom Satz in den drei hinsichtlich der Preisstabilität ‚besten‘ Ländern abweichen. Dieses Kriterium erfüllt Griechenland seit etwa einem Jahr.

Fazit

Möglicherweise wird die Regierung in diesen Tagen zu den Referenzwerten aktualisierte Zahlen vorlegen. Es ist allerdings wenig wahrscheinlich, dass sich hieraus eine wesentlich veränderte Beurteilung der Kriterien ergeben

wird. Aller Voraussicht nach wird daher mit Griechenland schon zum 1. Januar des nächsten Jahres der Kreis der Euroländer auf zwölf Mitgliedsstaaten erweitert werden. Damit würde der weitere Konvergenzprozess für Griechenland insoweit erleichtert, als nunmehr spekulative Elemente im Hinblick auf den Wechselkurs entfallen. Wie im Fall Irlands, zeigt sich auch für den griechischen Konvergenzprozess die große Bedeutung der EU-Transfers, ohne die dieser Prozess kaum hätte erfolgreich sein können. Allerdings sind Transfers in dieser Größenordnung auf längere Sicht zwiespältig zu beurteilen. Einerseits ist es nur mit Hilfe der Transfers möglich, den Konflikt zwischen außenwirtschaftlichen und binnenwirtschaftlichen Zielen so lange zu überbrücken, bis die griechische Wirtschaft endgültig aus eigener Kraft die Probleme bewältigen kann. Andererseits besteht die Gefahr, dass sich eine Subventionsmentalität entwickelt. Es muss daher darauf geachtet werden, dass die Transfers auch weiterhin zu beschleunigten Reformen, insbesondere im Bereich der Privatisierung und Modernisierung der Unternehmen sowie des öffentlichen Sektors einschließlich der Sozialversicherungssysteme verwendet werden. Vor allem müssen die außerordentlich hohen Subventionen für die öffentlichen Unternehmen, die in den neunziger Jahren mit einer Größenordnung von über 4% des Bruttoinlandsprodukts noch etwas über den EU-Transfers lagen, rasch reduziert werden. Nur bei einer erhöhten Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft insgesamt werden sich auch die außenwirtschaftlichen Probleme allmählich lösen lassen.

Abbildung 4



Der private Verbrauch in Deutschland im Jahre 1999: Differenzierte Entwicklung in den Verwendungsbereichen

Die Belebung der Konsumnachfrage im Frühjahr des vergangenen Jahres setzte sich im weiteren Jahresverlauf fort.¹ Im letzten Quartal expandierten die Konsumausgaben der privaten Haushalte sogar noch beschleunigt; sie übertrafen das Niveau vom Vorquartal um reichlich 1 %. Daraus errechnet sich ein Plus von gut 3 % zum entsprechenden Vorjahreszeitraum. Für das Jahr 1999 insgesamt belief sich die Zunahme auf 2,9 %. Der durch die Entwicklung der verfügbaren Einkommen (+2,3 %) vorgezeichnete Ausgabenrahmen war demgegenüber deutlich enger. Die Expansion der Konsumausgaben im vergangenen Jahr ist demnach zu einem wesentlichen Teil darauf zurückzuführen, dass sich die Ersparnisbildung verringert hat.

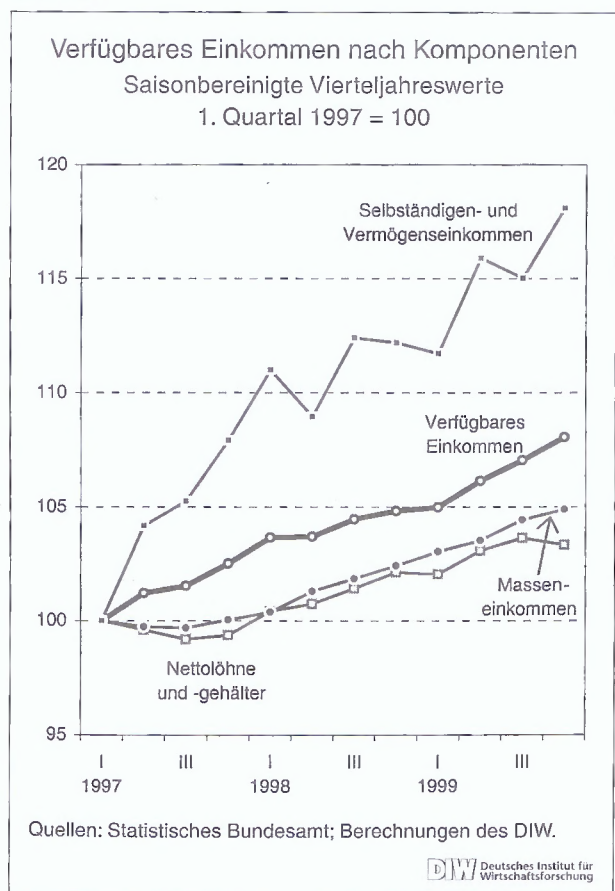
Die größten Impulse für die Einkommensentwicklung kamen — wie häufig in den Jahren zuvor — von den Selbständigen- und Vermögenseinkommen (Abbildung 1). Bei einem unsteten Jahresverlauf expandierten sie 1999 um gut 3 % und damit deutlich schneller als die Massenein-

kommen (+2,4 %); die Nettolöhne und -gehälter stiegen noch langsamer (+1,8 %). Bei der eher verhaltenen Entwicklung der Nettoeinkommen der Arbeitnehmer — der für die Konsumnachfrage wichtigsten Einkommensgröße — spielte auch eine Rolle, dass sich die Verfassung des Arbeitsmarktes nicht wesentlich besserte. Die saisonbereinigte Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen, die seit Anfang 1998 zu beobachten war, hielt nur bis zur Jahresmitte 1999 an; in der zweiten Jahreshälfte war wieder ein Rückgang zu verzeichnen. Das Plus bei den Nettolöhnen und -gehältern war vor allem das Ergebnis von Tarifierhöhungen und einer Zunahme der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit.

Der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe hat sich in den letzten Monaten des vergangenen Jahres leicht beschleunigt. Die Verlaufsrate beim Preisindex des privaten Konsums war im vierten Quartal mit 0,3 % etwas höher als in den Quartalen zuvor (+0,2 %). Im Vergleich zum Vorjahr verteuerte sich die Lebenshaltung im letzten Jahresviertel um 1 % — damit wurde zum ersten Mal seit dem Frühjahr 1998 wieder die 1-Prozent-Marke erreicht. Der Grund dafür ist einfach zu lokalisieren: Allein die rasant gestiegenen Preise für Mineralölprodukte führten zu der stärkeren Verteuerung der Lebenshaltung insgesamt. Hier waren es vor allem die Heizölpreise (+53 % im Durchschnitt der Monate Oktober bis Dezember), die den Index nach oben trieben. Aber auch die Preise für Kraftstoffe erhöhten sich weit überdurchschnittlich (+17 %). Rechnet man Heizöl- und Kraftstoffpreise aus dem Gesamtindex heraus, zeigt sich nach wie vor ein ruhiges Preisklima: Der so bereinigte Index lag im vierten Quartal nur um 0,2 % über dem Niveau vom Vorjahr. Dämpfend wirkten anhaltende Preisrückgänge bei einigen Gütern, so bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken, die im Jahresendquartal knapp 2 % billiger als vor Jahresfrist waren, bei Gütern der Gesundheitspflege (-3,3 %) und insbesondere bei Leistungen der Nachrichtenübermittlung (-9,3 %).

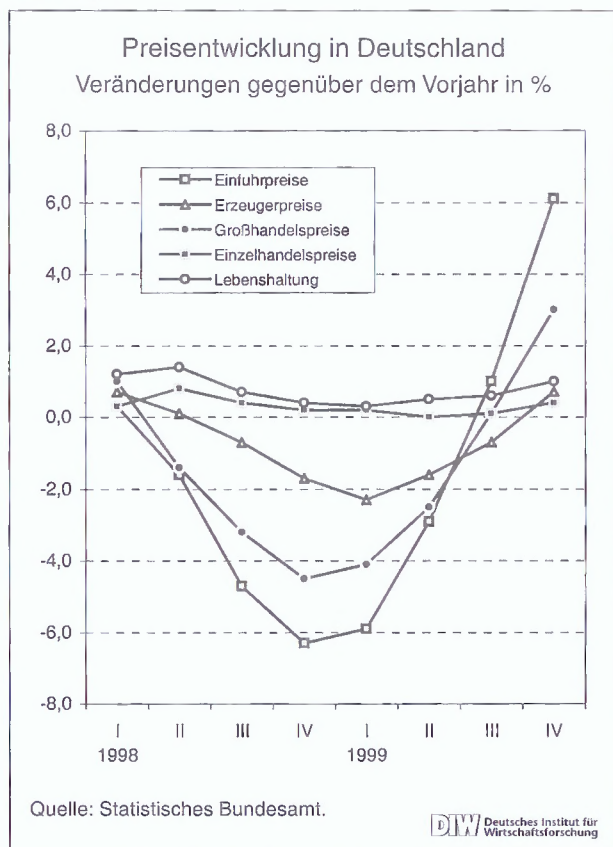
Auch die Preisentwicklung beim Einzelhandel ist bislang nur schwach aufwärts gerichtet (Abbildung 2). Auf den vorgelagerten Stufen dagegen hinterließ die starke Rohölverteuerung teilweise schon deutliche Spuren. Bei den Einfuhrpreisen hat sich das Vorzeichen binnen Jahresfrist umgekehrt: Während noch im letzten Quartal 1998

Abbildung 1



¹ Analysiert werden in diesem Bericht — soweit nicht anders gekennzeichnet — vierteljährliche saisonbereinigte Zeitreihen. Die Saisonbereinigung wurde nach dem Berliner Verfahren (BV4) vorgenommen.

Abbildung 2



der Abstand zum Vorjahr negativ war (-6%), stand ein Jahr später ein Anstieg in gleicher Höhe zu Buche. Eine ähnliche Entwicklung, wenn auch mit geringeren Ausschlägen, ist bei den Großhandelspreisen zu beobachten. Erstmals haben sich die Erzeugerpreise nun wieder erhöht.

Bereinigt um den Preisanstieg war die Zunahme der Konsumnachfrage im letzten Jahr mit rund 2% um knapp einen Prozentpunkt schwächer als in nominaler Rechnung. Die Belebung seit dem Frühjahr ist auch in realer Betrachtung zu sehen; der etwas stärkere Preisauftrieb im letzten Quartal machte sich hier nicht bemerkbar.

Von der insgesamt freundlicheren Verbrauchskonjunktur konnte der Einzelhandel — der wichtigste Lieferbereich für die private Nachfrage — nur eingeschränkt profitieren. Der Zuwachs seines realen Umsatzes im Jahre 1999 (+0,7 %²) blieb deutlich unter dem der Konsumausgaben insgesamt. Dennoch ist zu konstatieren, dass sich die Lage des Einzelhandels nach den anhaltenden Umsatzeinbußen in den Jahren bis 1997 inzwischen offensichtlich stabilisiert hat. Auch wenn die jüngste Entwicklung nicht überbewertet werden darf — im letzten Quartal 1999 gab es saisonbereinigt ein reales Umsatzplus von gut 1% —, so scheint der Einzelhandel langsam wieder Anschluss an die allgemeine Konsumententwicklung zu finden.

Bedarfsbereiche³

Die Inlandskäufe expandierten 1999 etwas schwächer als die von den deutschen Verbrauchern insgesamt getätigten Konsumausgaben. Ein überdurchschnittlich großer Teil der Mehrausgaben entfiel auf die Kategorie *Reisen ins Ausland*. Die Zunahme von 6% im Jahresdurchschnitt — doppelt so rasch wie beim gesamten Konsum — dokumentiert die anhaltend hohe Präferenz der Verbraucher für solche Reisen. Besonders dynamisch war die Entwicklung im letzten Jahresviertel, wo saisonbereinigt ein Plus von 6½% zu verzeichnen war; das Vorjahrsniveau wurde damit um 11% übertroffen.

Von den inländischen Konsumkäufen entfällt knapp ein Sechstel auf *Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren*. Zwar geht die Bedeutung dieses Bedarfsbereiches seit langem zurück — sichtbar in unterdurchschnittlichen Zuwachsraten —, doch konnte er im vergangenen Jahr mit der allgemeinen Konsumententwicklung Schritt halten. In realer Rechnung war hier der Anstieg mit 1,9% nur wenig schwächer als bei den Konsumausgaben insgesamt. Aufgrund des starken Wettbewerbs im Lebensmitteleinzelhandel gaben die Preise im Jahresverlauf weiter nach; bereits im Januar waren Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke um 0,5% billiger als im gleichen Monat des Vorjahres, im Dezember dann sogar um fast 2%. Die Mehrbelastung bei den Ausgaben für Güter dieses Bereiches betrug im Jahresdurchschnitt nur 1,3% und war damit geringer als der reale Mehrkonsum.

Auch die Nachfrage nach *Bekleidung und Schuhen* gehört zu den Verwendungszwecken, deren Anteile seit langem zurückgehen. Dies setzte sich 1999 fort, auch wenn diesmal die reale Nachfrage wenigstens nicht absolut zurückging, wie es in den vergangenen Jahren häufig der Fall war. Der saisonbereinigte Verlauf im Jahre 1999 war durch starke Schwankungen gekennzeichnet. Einer merklichen Belebung zu Jahresbeginn folgte eine längere Schwächeperiode; im letzten Quartal gab es dann wieder einen kräftigen Anstieg. Daraus resultierte im Jahresdurchschnitt ein leichter Zuwachs von real 0,4%. Innerhalb dieses Bedarfsbereiches waren Schuhe mehr gefragt als Bekleidung; der Einzelhandel mit Schuhen konnte seinen realen Jahresumsatz um fast 1% ausweiten.

Bei den Ausgaben für *Wohnungsmieten* lagen die Quartalsraten 1999 im saisonbereinigten Verlauf seit dem Frühjahr durchweg bei knapp 1% (Jahresergebnis

² Die Daten beziehen sich auf den Einzelhandel in engerer Abgrenzung (ohne Kfz-Handel und Tankstellen).

³ Die Ausgaben der privaten Haushalte in den einzelnen Bedarfsbereichen sind nach dem Inlandskonzept ausgewiesen. Dies bedeutet, dass hier — anders als bei den Konsumausgaben insgesamt — die Käufe deutscher Verbraucher im Ausland nicht enthalten sind, umgekehrt aber die Käufe ausländischer Verbraucher in Deutschland berücksichtigt werden.

Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland im Jahre 1999

Verwendungszwecke	Ursprungswerte							Saisonbereinigte Werte ⁸⁾			
	Jahr	1. Hj.	2. Hj.	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Mrd. DM zu jeweiligen Preisen											
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	333,10	161,09	172,01	79,10	81,99	82,13	89,88	83,2	82,0	83,4	84,5
Bekleidung und Schuhe	136,74	64,57	72,17	31,71	32,86	32,00	40,17	34,3	34,0	33,7	34,7
Wohnungsmieten ¹⁾	442,71	219,22	223,49	109,01	110,21	111,23	112,26	109,2	110,2	111,2	112,2
Haushaltsenergie ²⁾	78,42	38,41	40,01	21,90	16,51	16,74	23,27	19,8	19,1	19,3	20,3
Einrichtungsgegenstände ³⁾	150,07	71,31	78,76	35,20	36,11	35,86	42,90	37,1	37,5	37,5	37,9
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	373,91	186,32	187,59	88,39	97,93	94,90	92,69	89,6	94,1	95,1	95,0
Freizeit, Unterhaltung und Kultur ⁴⁾	212,10	100,91	111,19	49,40	51,51	52,91	58,28	52,3	52,7	53,3	53,9
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	96,59	46,40	50,19	21,36	25,04	26,33	23,86	24,0	24,1	24,3	24,1
Sonstige Waren und Dienstleistungen ⁵⁾	295,13	143,42	151,71	70,70	72,72	73,16	78,55	72,7	73,5	74,0	74,7
Konsumausgaben der inländ. privaten Haushalte ⁶⁾	2 169,72	1 055,43	1 114,29	517,53	537,90	542,30	571,99	535,0	539,9	543,9	550,5
Veränderung in % gegenüber											
Vorjahr						Vorquartal					
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1,3	0,9	1,6	3,0	-1,1	1,1	2,1	0,3	-1,5	1,7	1,4
Bekleidung und Schuhe	0,8	1,6	0,0	2,9	0,3	-2,7	2,3	1,5	-0,9	-1,0	2,9
Wohnungsmieten ¹⁾	4,3	4,4	4,1	4,5	4,4	4,2	4,1	1,4	0,9	0,8	0,9
Haushaltsenergie ²⁾	0,2	-0,4	0,8	2,7	-4,2	-3,7	4,3	1,8	-3,5	1,1	5,0
Einrichtungsgegenstände ³⁾	0,3	-0,1	0,5	-1,1	0,9	-0,1	1,0	-1,4	1,0	0,1	1,1
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	5,8	5,1	6,6	1,0	9,1	8,0	5,3	-0,9	5,0	1,0	0,0
Freizeit, Unterhaltung und Kultur ⁴⁾	2,6	2,4	2,8	2,5	2,4	2,5	3,0	0,0	0,8	1,1	1,1
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	-0,4	-1,4	0,5	-2,3	-0,6	1,0	0,0	-0,4	0,5	0,7	-0,7
Sonstige Waren und Dienstleistungen ⁵⁾	2,5	2,7	2,2	2,6	2,8	2,4	2,1	-0,7	1,1	0,7	0,9
Konsumausgaben der inländ. privaten Haushalte ⁶⁾	2,9	2,9	2,8	2,6	3,0	2,6	3,2	0,3	0,9	0,7	1,2
Mrd. DM zu Preisen von 1995											
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	325,50	156,15	169,35	76,68	79,47	80,69	88,66	80,8	80,0	81,8	82,9
Bekleidung und Schuhe	134,51	63,55	70,96	31,23	32,32	31,51	39,45	33,8	33,5	33,1	34,1
Wohnungsmieten ¹⁾	406,44	201,73	204,71	100,45	101,28	102,03	102,68	100,8	101,4	101,9	102,4
Haushaltsenergie ²⁾	77,09	38,68	38,41	22,51	16,17	16,03	22,38	20,2	18,9	18,7	19,3
Einrichtungsgegenstände ³⁾	146,97	69,81	77,16	34,48	35,33	35,10	42,06	36,3	36,7	36,7	37,1
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	363,06	183,06	180,00	87,37	95,69	91,36	88,64	87,9	91,8	92,0	91,3
Freizeit, Unterhaltung und Kultur ⁴⁾	202,35	96,76	105,59	47,23	49,53	50,27	55,32	50,2	50,4	50,8	50,9
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	92,32	44,54	47,78	20,59	23,95	24,91	22,87	23,1	23,1	23,2	23,0
Sonstige Waren und Dienstleistungen ⁵⁾	271,16	131,39	139,77	64,85	66,54	67,04	72,73	66,7	67,4	68,0	68,9
Konsumausgaben der inländ. privaten Haushalte ⁶⁾	2 060,08	1 004,71	1 055,37	493,80	510,91	513,02	542,35	510,0	513,3	515,9	520,5
Veränderung in % gegenüber											
Vorjahr						Vorquartal					
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1,9	0,9	2,7	2,7	-0,7	2,4	3,1	0,3	-1,0	2,2	1,5
Bekleidung und Schuhe	0,4	1,1	-0,2	2,3	-0,1	-3,0	2,1	1,5	-0,9	-1,0	2,8
Wohnungsmieten ¹⁾	2,7	2,8	2,6	2,8	2,8	2,7	2,5	0,9	0,6	0,5	0,5
Haushaltsenergie ²⁾	-3,2	-0,8	-5,5	4,3	-7,1	-10,0	-2,0	1,2	-6,2	-1,4	3,5
Einrichtungsgegenstände ³⁾	-0,1	-0,6	0,4	-1,6	0,5	-0,3	0,9	-1,4	1,0	0,0	1,1
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	5,3	5,5	5,2	1,7	9,1	7,1	3,2	-0,7	4,5	0,2	-0,8
Freizeit, Unterhaltung und Kultur ⁴⁾	1,7	1,8	1,6	1,8	1,7	1,8	1,4	0,0	0,5	0,8	0,3
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	-1,6	-2,7	-0,6	-3,8	-1,8	-0,2	-1,1	-0,7	0,2	0,3	-0,8
Sonstige Waren und Dienstleistungen ⁵⁾	2,1	2,0	2,2	1,8	2,2	1,8	2,6	-0,9	1,0	0,9	1,3
Konsumausgaben der inländ. privaten Haushalte ⁶⁾	2,1	2,2	2,1	2,0	2,3	1,9	2,3	0,1	0,7	0,5	0,9
Preisentwicklung ⁷⁾ : Veränderung in % gegenüber											
Vorjahr						Vorquartal					
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	-0,6	-0,1	-1,1	0,3	-0,5	-1,3	-0,9	0,0	-0,5	-0,5	0,0
Bekleidung und Schuhe	0,4	0,5	0,3	0,5	0,4	0,3	0,2	0,1	0,0	0,1	0,0
Wohnungsmieten ¹⁾	1,6	1,6	1,5	1,6	1,5	1,5	1,6	0,5	0,3	0,3	0,4
Haushaltsenergie ²⁾	3,5	0,4	6,7	-1,6	3,2	7,0	6,4	0,5	3,0	2,6	0,4
Einrichtungsgegenstände ³⁾	0,3	0,5	0,2	0,6	0,4	0,3	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	0,5	-0,4	1,4	-0,8	-0,1	0,8	2,0	-0,2	0,5	0,8	0,9
Freizeit, Unterhaltung und Kultur ⁴⁾	0,9	0,6	1,1	0,6	0,7	0,7	1,5	0,0	0,3	0,3	0,8
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	1,2	1,3	1,1	1,5	1,1	1,2	1,1	0,3	0,2	0,3	0,2
Sonstige Waren und Dienstleistungen ⁵⁾	0,3	0,7	0,0	0,8	0,6	0,5	-0,5	0,3	0,1	-0,3	-0,4
Konsumausgaben der inländ. privaten Haushalte ⁶⁾	0,7	0,6	0,9	0,6	0,6	0,8	1,0	0,2	0,2	0,2	0,3

¹⁾ Tatsächliche und unterstellte Mietzahlungen, Instandhaltung, Wasserversorgung und andere Dienstleistungen. — ²⁾ Strom, Gas, flüssige und feste Brennstoffe (einschl. Fernwärme). — ³⁾ Möbel, Heimtextilien, Haushaltsgeräte u. a. (einschl. Instandhaltung). — ⁴⁾ Einschl. Bildungswesen. — ⁵⁾ Gesundheits- und Körperpflege, persönliche Gebrauchsgegenstände, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen u. a. — ⁶⁾ Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland (= Summe der Verwendungszwecke) zzgl. Reisesaldo (Konsumausgaben der Inländer in der übrigen Welt abzgl. Konsumausgaben der Gebietsfremden im Inland). — ⁷⁾ Auf der Basis 1995 = 100. Preisentwicklung nach VGR. — ⁸⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Die absoluten Werte wurden gerundet.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes; Berechnungen des DIW. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

+4,3%). Bei Mieterhöhungen von rund 1½ % im Jahresdurchschnitt betrugen die realen Mehrausgaben 2,7 %.

Beim Verwendungszweck *Haushaltsenergie* klafft eine große Lücke zwischen den realen und den nominalen Größen. Während in realer Betrachtung für 1999 ein kräftiger Rückgang — um mehr als 3 % — ausgewiesen wird, zeigt die nominale Rechnung geringfügige Mehrausgaben (0,2 %). Ausschlaggebend dafür war die kräftige Verteuerung des Heizöls, die im vergangenen Frühjahr einsetzte und sich im weiteren Verlauf bis auf fast 70 % im Dezember (Vorjahresabstand) beschleunigte. Die Käufe von Heizöl sind ein Spiegelbild dieser Entwicklung: Vor den Preiserhöhungen gab es eine intensive Bevorratung (der Menge nach +16 % im ersten Quartal) und dann lange Zeit eine starke Zurückhaltung, die sich erst im Jahresendquartal, als die Vorräte zum Teil wieder aufgestockt werden mussten, mäßigte.

Die Nachfrage nach *Einrichtungsgegenständen* (Möbel, Heimtextilien, Haushaltsgeräte u. a.) war zu Beginn des letzten Jahres noch äußerst schwach, gewann aber im weiteren Verlauf an Schwung, dem allerdings die Konstanz fehlte. So kam es für das Jahr insgesamt sogar zu einem kleinen Minus (real 0,1 %). Die gedämpfte Entwicklung geht vor allem auf die Zurückhaltung der Verbraucher bei den Käufen von Möbeln zurück; diese Branche des Einzelhandels hatte im vergangenen Jahr deutliche Umsatzeinbußen zu verzeichnen (real 2½ %).

Zur Ausweitung der Konsumkäufe insgesamt trug die Nachfrage im Bereich *Verkehr und Nachrichtenübermittlung* am stärksten bei. Im Jahre 1999 gab es eine reale Mehrnachfrage von 5,3 %. Aus dieser Entwicklung ragte die Nachrichtenübermittlung deutlich heraus (+8,8 %). An vorderster Stelle ist hier die kräftige Aufwärtsentwicklung bei der Telekommunikation zu nennen, die nicht zuletzt von der raschen Ausbreitung des Mobiltelefons forciert wurde. Der intensive Wettbewerb in diesem Marktbereich führte zu so starken Preissenkungen, dass sich die Belastung für das Budget der privaten Haushalte sogar um gut 2 % verringerte.

Auch die Ausgaben im Verkehrsbereich wurden im vergangenen Jahr erheblich — real um knapp 5 % — ausgeweitet. Weniger dazu beitragen konnten die Verkehrsdienstleistungen (Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel), deren reale Inanspruchnahme um 2½ % höher war als 1998. Damit setzte sich der langfristige Trend fort, dass die expansive Ausgabenentwicklung in diesem Bereich in erster Linie der Anschaffung und Nutzung von privaten Kraftfahrzeugen zuzurechnen ist.⁴ Eine Betrachtung nach den Teilkategorien zeigt, dass die Mehraufwendungen für die Anschaffung mit einem realen Plus von gut 8 % dominierten. Die Entwicklung im Jahresverlauf war von starken Schwankungen geprägt. Nach der überaus kräftigen Expansion der Käufe von Fahrzeugen im zweiten Quartal (saisonbereinigt knapp 8 %) gab es eine merkbliche Ab-

schwächung, die sich in beiden Quartalen des zweiten Halbjahres in negativen Verlaufsdaten von jeweils 3 % niederschlug. Bei der Pkw-Nutzung standen höhere Aufwendungen für Inspektionen, Reparaturen, Ersatzteile u. a. im Vordergrund. Auch für Kraftstoffe wurde 1999 deutlich mehr ausgegeben. Der Anstieg um 7½ % war jedoch fast ausschließlich das Resultat der spürbaren Verteuerung; in preisbereinigter Rechnung war der Absatz nur geringfügig höher (0,4 %).

Bei Gütern der *Bildung, Unterhaltung und Kultur* war die Nachfrage 1999 nicht ganz so kräftig wie im Jahr zuvor. Nach der Stagnation zu Jahresbeginn wurde die Nachfrage aber lebhafter, so dass das Ergebnis für das Gesamtjahr noch relativ gut ausfiel (real +1,7 %). Eine weit über dem Durchschnitt liegende Entwicklung in diesem Bereich war bei der Unterhaltungselektronik zu beobachten; der Einzelhandel mit Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten konnte seinen realen Umsatz um fast 8 % steigern, vor allem dank der enormen Beschleunigung in der zweiten Jahreshälfte, in der ein Plus von 11½ % realisiert wurde.

Die Inanspruchnahme von *Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen* war 1999 erneut stark rückläufig (real -1,6 %). Damit hat sich eine seit längerer Zeit zu beobachtende Strukturschwäche fortgesetzt, die vor allem auf Einsparzwänge der Konsumenten infolge von Einkommensrestriktionen zurückzuführen ist. Davon war insbesondere das Gaststättengewerbe betroffen, dessen realer Umsatz um 2,7 % sank. Bei den Beherbergungsunternehmen hingegen war das Jahresergebnis sogar positiv (real 0,5 %), wobei die um 4½ % gestiegene Zahl der Übernachtungen eine wesentliche Rolle spielte.

Mit dem Zuwachs der realen Nachfrage von 2,1 % expandierten die *sonstigen Waren und Dienstleistungen* im vergangenen Jahr im Tempo des Konsums insgesamt. Knapp die Hälfte der hier getätigten Ausgaben entfällt auf Körper- und Gesundheitspflege, gut ein Viertel auf Versicherungs- und Finanzdienstleistungen. Besonders expansiv entwickelten sich Finanzdienstleistungen (+9 %) und Körperpflege (+4 %).

Ausblick

Die Rahmenbedingungen für eine weiterhin gute Verbrauchskonjunktur sind insgesamt eher günstig. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dürften in diesem Jahr um gut 3 % expandieren⁵ und damit stärker

⁴ Vgl.: Weiter wachsende Bedeutung der privaten Ausgaben für den motorisierten Individualverkehr. Bearb.: Ulrich Voigt. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 9/2000, S. 115 ff.

⁵ Vgl.: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2000. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1-2/2000, S. 13 ff.

zunehmen als 1999. Einen Beitrag dazu leisten einige Maßnahmen, die zu Jahresbeginn wirksam geworden sind:

- Erhöhung des Kindergeldes;
- Änderungen des Einkommensteuertarifs;
- Senkung des Beitragssatzes bei der Rentenversicherung um 0,2 Prozentpunkte, der allerdings im Rahmen der Ökosteuerreform eine Anhebung des Mineralölsteuersatzes gegenübersteht.

Auch eine Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt — die Zahl der Erwerbstätigen dürfte etwas steigen — wird sich positiv auswirken. Von den Tarifabschlüssen hingegen sind weniger Impulse als im Vorjahr zu erwarten.

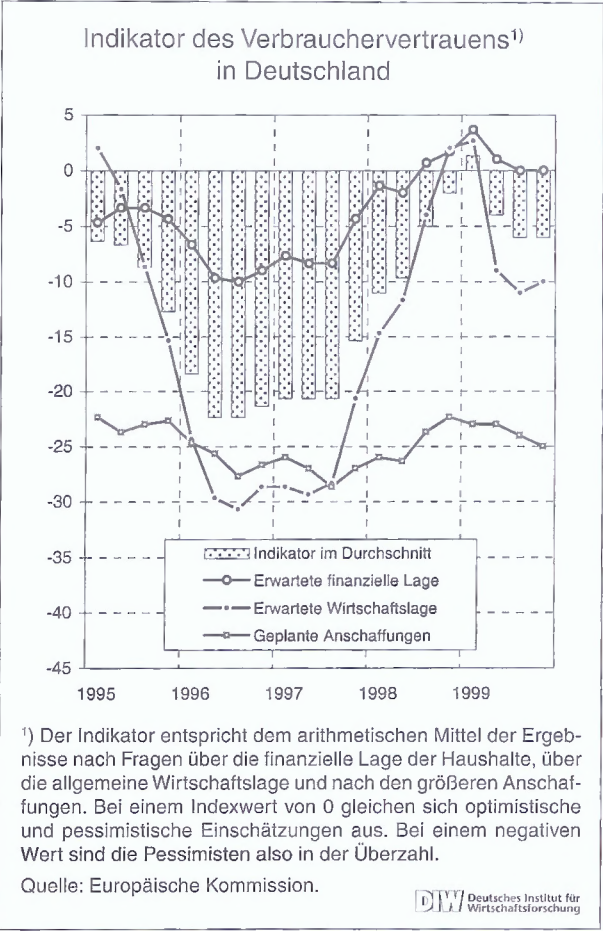
In welcher Höhe die Einkommensverbesserungen zu einer Stärkung der Kaufkraft führen, bleibt abzuwarten. Die lange Zeit ruhige Preisentwicklung hat sich aufgrund der starken Verteuerung von Mineralölprodukten in den letzten Monaten merklich beschleunigt. Der Vorjahresabstand beim Preisindex der Lebenshaltung erhöhte sich in kurzer Zeit um einen vollen Prozentpunkt (Oktober 1999: +0,8 %, Februar 2000: +1,8 %). Der von den vorgelegten Stufen (Einfuhrpreise, Großhandelsverkaufspreise, Erzeugerpreise) ausgehende Preisdruck hat die Verbraucherstufe bislang nur abgeschwächt erreicht, sieht man einmal von den direkten Effekten ab (Preisauftrieb bei Heizöl und Kraftstoffen). Die Verkaufspreise des Einzelhandels sind zwar seit Dezember auch etwas stärker gestiegen, doch ist die Januarrate (0,6 % im Vorjahresvergleich) noch vergleichsweise moderat. Im Laufe dieses Jahres wird allgemein eine deutliche Entspannung auf dem Rohölmarkt erwartet, die sich dann auch entsprechend auf das Preisklima auswirken würde. In jedem Fall ist aber abzusehen, dass die diesjährige Verteuerung der Lebenshaltung höher ausfallen wird als im vergangenen Jahr.

Die konjunkturelle Erholung hat sich noch nicht in der Stimmung der Konsumenten bemerkbar gemacht (Abbildung 3). Immerhin ist der Indikator des Verbrauchervertrauens zum Jahresende hin nicht weiter gesunken, nachdem er sich seit dem vergangenen Frühjahr verschlechtert hatte. Hinsichtlich der künftigen Wirtschaftsentwicklung waren die Verbraucher zuletzt sogar wieder etwas zuversichtlicher; allerdings hat sich dadurch die Einschätzung ihrer persönlichen finanziellen Lage — und

damit zusammenhängend die Bereitschaft zu größeren Anschaffungen — nicht verbessert. Im Einzelhandel dagegen hat sich in den letzten Monaten das Stimmungsbild aufgehellt. Bei der Beurteilung der künftigen Geschäftslage überwiegen inzwischen die positiven Erwartungen.

Auch wenn sich in einzelnen Bereichen zu Beginn dieses Jahres noch keine Belebung abzeichnet (z. B. im Facheinzelhandel und bei den Fahrzeugkäufen), sprechen die Rahmendaten alles in allem dafür, dass es im weiteren Jahresverlauf zu einer Aufwärtsentwicklung des privaten Konsums in ruhigen Bahnen kommen wird.

Abbildung 3



Internationaler Reiseverkehr weiterhin lebhaft

Gelegentlich wird die Befürchtung geäußert, Deutschland sei im Wettbewerb um ausländische Besucher nicht attraktiv genug. Immerhin zeigten die deutschen Reiseeinnahmen in den letzten Jahren eine durchaus erfreuliche Entwicklung. Zwar ist der strukturelle Negativsaldo Deutschlands im internationalen Reiseverkehr nach wie vor hoch; im Jahre 1999 lag er schätzungsweise bei 56 Mrd. DM — rund 2,6 Mrd. DM mehr als im Jahr zuvor.¹ Von 1995 bis 1999 ist aber der „Incoming Tourism“ nicht nur im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, sondern auch gegenüber den Reiseausgaben der Deutschen² im Ausland („Outgoing Tourism“) etwas gestiegen.

Werden Einnahmen aus der grenzüberschreitenden Personenbeförderung einbezogen³, so liegt der dem Tourismus zuzurechnende Export im Jahre 1999 bei rund 43 Mrd. DM — also bei etwa 3,8 % des Gesamtexports. Die entsprechenden Ausgaben Deutschlands im Ausland erreichten im abgelaufenen Jahr schätzungsweise 97 Mrd. DM und damit etwa 9 % des gesamten Imports. Die Reisebilanz stellt einen wichtigen Gegenposten zu den hohen Überschüssen Deutschlands in der Handelsbilanz dar.

Bedeutung des internationalen Reiseverkehrs für Deutschland

Nach Berechnungen des DIW im Rahmen des IOTEA⁴ trugen die Einnahmen aus dem internationalen Reiseverkehr einschließlich Positionen der Transportbilanz 1995 gut 0,8 % zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands bei; für den Tourismus insgesamt — einschließlich der Inlandsreisen — liegt dieser Wert bei 8 %. Dabei sind Investitionen in touristische Anlagen noch nicht berücksichtigt. Die Ausgaben im Ausland, ebenfalls einschließlich Positionen der Transportbilanz, erreichten knapp ein Viertel der gesamten touristischen Ausgaben Deutscher.

In der Tabelle 1 sind die Entwicklungen der Zahlungsströme im internationalen Reiseverkehr dargestellt. Betrachtet man nur die Zeitspanne von 1995 bis 1999, so zeigt sich, dass die Einnahmen Deutschlands etwas mehr stiegen (17,2 %) als die Ausgaben von Deutschen im Ausland (15,8 %) und beide stärker als das nominale Bruttoinlandsprodukt (9,7 %).

Werden die Relationen für das statistisch besser abgesicherte Jahr 1998 betrachtet, so zeigt sich ein ganz ähnliches Ergebnis. Nach dem Abflachen Mitte der 90er Jahre ist somit wieder ein leichter Gewinn Deutschlands in Bezug auf den „Incoming Tourism“ zu verzeichnen. Im Verhältnis zum BIP stiegen die Einnahmen (ohne Transportleistungen) von gut 0,7 % im Jahre 1995 auf knapp 0,8 % im Jahre 1999. Berücksichtigt man den direkten und indirekten Import von Vorleistungen im Zusammenhang mit dem grenzüberschreitenden Reiseverkehr, so errechnet sich ein Beitrag der Tourismuseinnahmen zur Bruttowertschöpfung in Deutschland in Höhe von knapp 0,7 %.

Reisebilanz als Gegenposten zur Handelsbilanz

Trotz der vergleichsweise kräftigen Zunahme der Tourismuseinnahmen Deutschlands in den letzten Jahren

weist die Reisebilanz immer noch einen hohen Negativsaldo aus (1999 rund 56 Mrd. DM). Wenn dies beklagt wird, dann wird übersehen, dass die Abflüsse bzw. Zuflüsse — je nach Blickrichtung — Quelle wiederum von Nachfrage des Auslands nach deutschen Erzeugnissen sind. Es besteht sogar ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Reiseausgaben im Ausland und den Exporten Deutschlands: Von Reisebussen bis zu deutschen Zeitungen oder gar „unverzichtbaren“ Nahrungs- und Genussmitteln, die für die Touristen aus deren Heimatland importiert werden müssen, ist der Gehalt von deutschen Erzeugnissen im Preis dessen, was im Ausland für Unterkunft, Transport und Mitbringsel gezahlt wird, nicht unerheblich. Aber diese Ausgaben gelten zahlungsbilanzstati-

¹ Berechnet auf der Grundlage der ersten drei Quartale des zahlungsbilanzstatistischen Ausweises der Deutschen Bundesbank. In: Statistisches Beiheft zum Monatsbericht 3, Januar 2000. Reiseausgaben und Reiseeinnahmen ohne Korrektur um Einkäufe im Grenzwarenverkehr und ohne Einnahmen und Ausgaben in der grenzüberschreitenden Personenbeförderung. Entgegen der Befürchtung, dass wegen EURO-bedingter Erhebungsschwierigkeiten die Kontinuität dieser langfristig verfügbaren Reihe gefährdet sei, lässt ihre zentrale Bedeutung bei der Ermittlung von Dienstleistungsexport und -import im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung jedoch auf ein Fortbestehen mit zusätzlichen Erhebungsinstrumenten hoffen.

² Streng genommen umfasst diese Gruppe alle in Deutschland länger als ein Jahr Ansässigen (so genannte „Residents“) und beschränkt sich nicht auf die „Deutschen“ in nationalstaatlicher Abgrenzung.

³ Diese sind zum größten Teil auf Leistungen des Luftverkehrs zurückzuführen und weisen bis einschließlich 1995 in der Regel ebenfalls einen Passivsaldo auf. Danach haben sie aber kräftig angezogen und schlossen zuletzt mit einem Aktivsaldo von knapp 3 Mrd. DM ab.

⁴ Im Wochenbericht des DIW Nr. 9/99 wurde eine tourismuswirtschaftliche Gesamtrechnung (IOTEA, Input-Output based Tourism Economic Account) vorgestellt, die transparent, umfassend und detailliert die Zahlungsströme im Zusammenhang mit dem Tourismus in einer Form beschreibt, die mit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung kompatibel ist.

Tabelle 1

Daten zum internationalen Reiseverkehr für Deutschland 1991 bis 1999

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999 ²⁾
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Mrd. DM, jeweilige Preise	2 938	3 155	3 235	3 394	3 523	3 586	3 667	3 784	3 864
Veränderung gegenüber Vorjahr in %		7,4	2,5	4,9	3,8	1,8	2,3	3,2	2,1
1991 = 100	100	107	110	116	120	122	125	129	132
1995 = 100					100	102	104	107	110
Ausgaben im internationalen Reiseverkehr (ohne grenzüberschreitenden Transport) in Mrd. DM	59,4 ¹⁾	64,3	67,6	73,4	74,6	76,8	80,3	82,6	86,4
1991 = 100	100	108	114	124	126	129	135	139	145
1995 = 100					100	103	108	111	116
Einnahmen aus dem internationalen Reiseverkehr (ohne grenzüberschreitenden Transport) in Mrd. DM	25,0 ¹⁾	24,9	24,6	24,0	25,6	26,3	28,6	28,9	30,0
1991 = 100	100	100	98	96	102	105	114	116	120
1995 = 100					100	103	112	113	117
Relation der Ausgaben zum BIP (%)	2,0	2,0	2,1	2,2	2,1	2,1	2,2	2,2	2,2
Relation der Einnahmen zum BIP (%)	0,9	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8
Zahl der Übernachtungen in Beherbergungsstätten insgesamt in Tausend	277 845	293 827	288 930	291 159	300 411	299 695	287 181	294 544	
1991 = 100	100	106	104	105	108	108	103	106	
Zahl der Übernachtungen von Ausländern in Tausend	34 039	33 822	31 067	31 199	32 007	32 188	33 387	34 468	
1991 = 100	100	99	91	92	94	95	98	101	
1995 = 100					100	101	104	108	

¹⁾ Die Werte für 1991 bis 1994 wurden rückwirkend stark nach oben revidiert; in der Fassung der Zahlungsbilanzstatistik vom Dezember 1995 lag der Wert beispielsweise für die Ausgaben im Jahr 1991 bei 51,9 Mrd. DM, für die Einnahmen bei 17,7 Mrd. DM. — ²⁾ Geschätzt.

Quellen: Statistisches Bundesamt FS 18, Reihe 1.3, Konten und Standardtabellen 1998; Tourismus in Zahlen 1998; FS 6, Reihe 7.1, Beherbergung im Reiseverkehr, jeweils Dezember und Jahr, Deutsche Bundesbank, Statistisches Beiheft zum Monatsbericht 3, Zahlungsbilanzstatistik Januar 2000; Berechnungen des DIW.

stisch vollständig als Reiseausgaben der Deutschen im Ausland. Welcher Anteil der gut 86 Mrd. DM Reiseausgaben von Deutschen im Ausland auf diese Weise nach Deutschland zurückfließt, kann hier nicht untersucht werden.

Aber nicht nur der mit den Tourismusaussgaben Deutschlands in unmittelbarem Zusammenhang zu sehende Import der Zielländer bzw. Export Deutschlands ist zu berücksichtigen. Auch den sonstigen, direkten und indirekten Rückflüssen, die als Nachfrage des Auslands nach deutschen Leistungen unsere Exportwirtschaft beleben, muss Rechnung getragen werden. Reiseausgaben im Ausland sind zwar zunächst ein Entzug von Nachfrage, bei funktionierenden weltwirtschaftlichen Mechanismen stellen sie aber kein Problem dar. Deutschland erzielt einen enormen Überschuss in der Handelsbilanz, und seine Importe, u. a. von Reisedienstleistungen, tragen als Gegenposten dazu bei, dass das Ausland Nachfrage nach deutschen Produkten entfalten kann.

Wie die Tabelle 2 zeigt, entfällt der Großteil der Tourismusaussgaben Deutschlands (64 %) auf „ferne“ Länder, d. h. solche, die nicht an Deutschland grenzen. Überlegungen, die Freizeitmobilität unter ökologischen Gesichtspunkten durch preisliche Anreize im Flugverkehr umzulenken oder zu beschränken, sollten auch in Rechnung stellen, dass davon die Zielländer in ihren Einnahmeströmen und folglich auch in den Möglichkeiten für Importe aus Deutschland und anderen Industrieländern betroffen wären, wenn es sich hier überhaupt angesichts starker Präferenzen um preiselastische Nachfrage handelt.

Besucherzahlen

Eine Betrachtung der Reiseausgaben in realen Größen steht vor der Schwierigkeit, die Daten auf dieser Aggregatenebene einer Preisbereinigung zu unterwerfen. Der statistische Aufwand dafür wäre unverhältnismäßig hoch. Es können jedoch Angaben aus der Beherbergungsstatistik des Statistischen Bundesamtes herangezogen werden, und es scheint vertretbar, die Zahl der Übernachtungen von Ausländern als Indikator für die „Reiselust“ in realen Größen anzusehen. Freilich sind diese Angaben nur sehr grob und auf den „Incoming Tourism“ beschränkt.⁵

Die Zahl der Übernachtungen von Ausländern in Deutschland hat über den gesamten Zeitraum 1991 bis 1998 betrachtet stagniert; für 1998 errechnet sich ein Indexwert von 101 (1991 = 100). Nach einem Rückgang in der ersten Hälfte der 90er Jahre ist jedoch für die Zeit von 1995 bis 1998 ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen.

Die Kluft zwischen nominal deutlich gestiegenen Reiseeinnahmen und einer nahezu stagnierenden Zahl der

⁵ Das für die Beurteilung des „Outgoing Tourism“, also der touristischen Einfuhr Deutschlands, zweckmäßige Instrument einer kontinuierlichen, allgemein zugänglichen und repräsentativen Haushaltsbefragung als Quelle einer gesamtwirtschaftlich orientierten Tourismusberichterstattung wurde bisher nicht geschaffen. Im Gegenteil. Ansätze dazu, wie sie in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 des Statistischen Bundesamtes durchaus schon entwickelt waren, wurden im Zuge der „Verschlankung“ von Aufgaben des Statistischen Bundesamtes wieder zurückgefahren.

Tabelle 2

Ausgaben Deutschlands
im internationalen Reiseverkehr nach Ländergruppen

	1995		1998	
	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%
Ausgaben insgesamt	74,6	100,0	82,6	100,0
EU-Länder insgesamt	50,5	67,7	55,5	67,2
... angrenzend ¹⁾	22,3	29,9	22,8	27,6
Sonst. Europäische Industrieländer	7,2	9,7	7,9	9,6
... angrenzend	4,9	6,6	5,2	6,3
Reformländer	3,0	4,0	3,9	4,7
... angrenzend	1,0	1,3	1,4	1,7
Außereuropäische Industrieländer	5,4	7,2	6,0	7,3
Entwicklungsländer	8,5	11,4	9,3	11,2
Nicht angrenzende Länder zusammen	46,4	62,2	53,2	64,4

¹⁾ Nachbarländer Deutschlands.
Quelle: Deutsche Bundesbank: Statistisches Beiheft zum Monatsbericht 3, Zahlungsbilanzstatistik Januar 2000.

Übernachtungen dürfte nicht zuletzt daraus resultieren, dass das Gastgewerbe als personalintensive Dienstleistungsbranche leicht unterproportional produktiver wird und dies in der Regel durch eine überproportionale „Inflationierung“ seines Beitrags zum BIP kompensieren kann.

Internationaler Reiseverkehr nach ausgewählten Zielländern

Tabelle 3 zeigt für ausgewählte europäische Zielländer und die USA die Bedeutung der Reiseausgaben, darunter von Deutschen, in Bezug auf die gesamten Einnahmen aus dem Reiseverkehr und das Bruttoinlandsprodukt. Hierfür wurden Angaben der Deutschen Bundesbank mit Zahlen des Internationalen Währungsfonds und der OECD verknüpft.

Spanien ist führend beim Anteil der Tourismuseinnahmen am BIP, annähernd gleichauf liegt Österreich. Aber selbst in diesen Ländern übersteigt die Relation von Tourismuseinnahmen zum BIP nicht nennenswert die 5%-Marke. Und es ist zu bedenken, dass die Einnahmen noch nicht um tourismusbedingte Importe bereinigt sind.

Die USA nehmen im internationalen Vergleich eine Sonderstellung ein: Sie verzeichneten mit 83,4 Mrd. US \$ im Jahre 1998 Einnahmen, wie sie noch nicht einmal von Deutschland, Italien, Spanien und Dänemark zusammen (79 Mrd. US \$) erzielt wurden. In Bezug auf das BIP der USA ist dieser Betrag aber eher unbedeutend: Mit 1 % haben die Einnahmen kein wesentlich höheres Gewicht als für Deutschland, das mit einer Relation von 0,8 % das „Schlusslicht“ in der hier aufgeführten Länderliste ist. Die Ausgaben der Amerikaner im Ausland (57,8 Mrd. US \$) übertreffen diejenigen Deutschlands (46,9 Mrd. US \$).

„Weltmeister“ im Verreisen sind in absoluten Größenordnungen die USA. Bezogen auf das BIP sind die USA bei den Ausgaben mit nur 0,7 % selbst das Schlusslicht, noch hinter Spanien und der Türkei (0,9 %). Die USA weisen ebenso wie Spanien mit 25 Mrd. US \$ einen beachtlichen Aktivsaldo in der Reisebilanz auf, gefolgt von Frankreich und Italien mit jeweils 12 Mrd. US \$. Neben Deutschland wiesen im Jahre 1998 auch die Niederlande, Großbritannien und Dänemark beachtliche Defizite im internationalen Reiseverkehr auf.

Der Anteil Deutschlands an den gesamten Tourismuseinnahmen der ausgewählten Zielländer — auf die im Jahre 1998 rund 33 Mrd. US \$ bzw. 70 % der Ausgaben von Deutschen entfielen — ist beachtlich.⁶ In Österreich tragen die Deutschen mit fast 50 % zu den Einnahmen aus dem internationalen Reiseverkehr bei; es folgen die Niederlande (34 %), Griechenland (ebenfalls 34 %), Dänemark (24 %), Italien (22 %) und Spanien (21 %). Mit Ausnahme Griechenlands dürfte diese Bedeutung im Wesentlichen dem Individualreiseverkehr zuzuschreiben sein, ohne dass es freilich möglich wäre — wegen fehlender Kontinuität in den Erhebungen —, diese Aussagen im Einzelnen zu belegen.

Allerdings zeigen weitere Berechnungen auf der Basis internationaler Statistiken (siehe Kasten), dass es noch immer an Sorgfalt in der Erhebung, an Konsistenz und vor allem an Tiefe der Datenpräsentation fehlt, um weiter gehende Aussagen zum Tourismus treffen zu können, aus dem im Durchschnitt weltweit rund 10 % des BIP erwirtschaftet werden.

⁶ Grundlage sind die Angaben der Deutschen Bundesbank zum Reiseverkehr im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 3 vom Dezember 1999.

Tabelle 3

Bedeutung des internationalen Reiseverkehrs für ausgewählte Länder

	Deutschland	Italien	Spanien	Österreich	Niederlande	Frankreich	Großbrit.	Griechenl.	Dänemark	Türkei	USA
	Daten für 1998										
Bruttoinlandsprodukt in Mrd. US \$	2 135,7	1 172,3	553,3	212,5	377,5	1 433,9	1 357,2	120,5	174,9	198,7	8 230,9
Einnahmen aus dem Reiseverkehr (Export)											
in Mrd. US \$	16,4	29,8	29,9	11,2	6,8	30,0	24,0	3,8 ¹⁾	3,3	7,2	83,4
in Relation (%) zum BIP	0,8	2,5	5,4	5,3	1,8	2,1	1,8	3,2	1,9	3,6	1,0
Ausgaben im Ausland (Import)											
in Mrd. US \$	46,9	17,6	5,0	9,5	11,0	17,8	33,3	1,3 ¹⁾	4,6	1,8	57,8
in Relation (%) zum BIP	2,2	1,5	0,9	4,5	2,9	1,2	2,5	1,1	2,6	0,9	0,7
Saldo: Export minus Import, in Mrd. US \$	-30,5	12,2	24,9	1,7	-4,2	12,2	-9,3	2,5	-1,3	5,4	25,6
Ausgaben von Deutschen in Mrd. US \$		6,6	6,4	5,4	2,3	3,6	2,5	1,3	0,8	1,1	2,4
in % der Einnahmen des jeweiligen Ziellandes aus dem intern. Reiseverkehr		22	21	48	34	12	10	34	24	15	3
	Ergänzende Angaben für 1997										
Ankünfte (von „overnight visitors“), in Mill.	15,8	34,1	43,3	16,6	7,8	67,3	25,5	10,1	2,2	9,0	47,8
Übern. in Hotels u. ä., in Mill.	30,2	84,8	105,4	53,4	11,6	60,8	o. Angabe	40,0	4,5	36,0	o. Angabe
Durchschnittl. Aufenthalt, in Tagen	2,3	o. Angabe	4,1	4,6	3,3	7,4	8,7	o. Angabe	o. Angabe	3,8	o. Angabe
Zahl der Übernachtungen von Ausländern insgesamt, in Mill.	36,4	117,7	113,3	80,6	21,4	497,5	222,5	o. Angabe	10,9	36,2	o. Angabe
Einnahmen im Jahre 1997, ²⁾ in Mrd. US \$	16,5	29,7	26,7	11,1	6,2	28,0	20,0	3,8	3,2	8,1	73,3 ³⁾
Einnahmen bezogen auf Übernachtungen insgesamt je Tag, in US \$	45,3	25,2	23,6	13,8	29,0	5,6	9,0	.	29,4	22,4	.
Einnahmen bezogen auf Übernachtungen in Hotels u. ä. je Tag, in US \$	54,6	35,0	25,3	20,8	53,4	46,1	.	9,5	71,1	22,4	.
¹⁾ 1997. — ²⁾ Quelle: WTO. — ³⁾ Unerklärliche Differenz zwischen der internationalen Zahlungsbilanzstatistik 1998 und Angaben der WTO für 1997. Quellen: OECD: Main Economic Indicators, Nov. 1999, IMF: Balance of Payment Statistics, Jahrbuch 1999; Deutsche Bundesbank: Statistisches Beiheft zum Monatsbericht 3, Zahlungsbilanzstatistik Januar 2000; WTO: Compendium of Tourism Statistics 1993–1997, Madrid 1999.											

Zu Inkonsistenzen in internationalen Tourismusstatistiken

Trotz seit langem bestehender Forderungen nach Verbesserungen auf dem Gebiet der Tourismusstatistik stehen für eine aktuelle Berichterstattung für Deutschland nach wie vor im Prinzip nur die monatlichen Veröffentlichungen der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank und die Beherbergungsstatistik des Statistischen Bundesamtes zur Verfügung. Diese Daten sind bei weitem nicht hinreichend, um auch nur für die grenzüberschreitenden Bewegungen einen befriedigenden Überblick zu ermöglichen. Gleichwohl erscheinen sie in der Verzahnung mit anderen Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, wie es u. a. in einem Input-Output based Tourism Economic Account (IOTEA) für das Jahr 1995 möglich war, geeignet für Deutschland plausible Anhaltspunkte zu liefern.

Angaben zur Übernachtung von Ausländern und zu den Zahlungsströmen im internationalen Reiseverkehr sind auch für die Beurteilung des touristischen Geschehens in anderen Ländern die einzigen allgemein verfügbaren Quellen. Allerdings weist ein Versuch, diese Datenreihen zu verknüpfen, auf erhebliche Inkonsistenzen in den von der Welttourismusorganisation (WTO) veröffentlichten Angaben hin:

Eine interessante Frage ist es u. a., wie hoch der reale Gegenwert der Einnahmen aus dem Reiseverkehr zu veranschlagen sei. Hier wurde der Versuch unternommen, anhand der Angaben zu den jeweiligen Einnahmen aus dem Reiseverkehr und der Zahl der Übernachtungen von Ausländern auf die Ausgaben in US-Dollar je „Touristentag“ bzw. die „Touristennacht“ zu schließen. Dies ist ein anderer Ansatz als der des Statistischen Bundesamtes, das für diese Art von Betrachtung einen Umtauschwert für die D-Mark ansetzt, der sich an Kaufkraftparitäten orientiert.⁷ Abweichungen vom Wert 1 deuten in diesem Konzept auf relativ „billige“ oder „teure“ Länder hin. Es lässt sich aber nicht erkennen, wie viele Nächte ein Besucher aus einem bestimmten Betrag in dem einen oder dem anderen Land finanzieren kann. Die Ausgaben bzw. Einnahmen je „Touristentag“ sind in dieser Hinsicht aussagekräftiger.

Wird in der vorletzten Zeile der Tabelle 3 die Zahl der angegebenen Übernachtungen insgesamt — sie sollen im Prinzip Ergebnis aus Ankünften (ohne Tagestouristen) und durchschnittlicher Aufenthaltsdauer sein — auf die Gesamteinnahmen aus dem Reiseverkehr bezogen,⁸ so liegt Deutschland an der Spitze mit etwa 45 US \$ durchschnittlichem Erlös pro Tourist und Tag. Italien, Spanien, die Niederlande, Dänemark und die Türkei erzielen zwischen 22,4 US \$ (Türkei) und 29,4 US \$ (Dänemark) je Tag. Österreich mit 13,8 US \$, Grie-

chenland mit 9,5 US \$ (allerdings nur in Hotels und ähnlichem), Großbritannien mit 9 US \$ und Frankreich gar mit nur 5,6 US \$ pro Touristentag liegen deutlich unter diesen Beträgen. Die Unterschiede lassen sich nicht durch Sondereinflüsse oder strukturelle Unterschiede in den Beherbergungskategorien erklären.

Auch wenn Österreich aufgrund eines großen Anteils eher ländlicher Aufenthaltsmöglichkeiten durchaus als ein real „günstiges Land“ gelten kann, dürfte der ermittelte Betrag die tatsächlichen Verhältnisse unterzeichnen. Kaum plausibel erscheint der niedrige Wert bei Griechenland im Vergleich zur Türkei (für Übernachtungen in Hotels und ähnlichem errechnen sich 22,4 US \$ wie bei den Übernachtungen insgesamt). Insbesondere gilt dies für Großbritannien und Frankreich. In beiden Fällen ist dies durch eine im Vergleich zu den Ankünften sehr hohe Zahl von Übernachtungen ausländischer Touristen in Beherbergungseinrichtungen bedingt. Insbesondere für Frankreich verwundert daher nicht, dass das Land als internationaler Spitzenreiter im Tourismus gilt. Möglicherweise liegen hier ein statistischer Fehler beim Herausrechnen von Tagestouristen und/oder eine Verzerrung, die auf unscharfe Abgrenzungen bei den Eintragungen von inländischen „Residents“, die Angehörige fremder Nationalitäten sind, vor.

Eine Überprüfung des Verhältnisses anhand der Übernachtungen allein in Hotels und ähnlichem (letzte Zeile der ergänzenden Angaben in Tabelle 3) war für Großbritannien wegen fehlender Angaben nicht möglich. Bei Frankreich käme dann mit 46,1 US \$ ein plausibles Resultat zustande. Damit wäre dieses Land im Durchschnitt des ausländischen Touristentages bezogen auf die Übernachtungen in Hotels und ähnlichen Einrichtungen annähernd gleich teuer wie Deutschland (54,6 US \$). Spitzenreiter wird in dieser Betrachtung Dänemark mit 71,1 US \$ pro Touristennacht; allerdings ist dies im Durchschnitt aller touristischen Übernachtungen deutlich überzeichnet, da ein relativ großer Anteil der Ausländer auf Ferienhäuser zurückgreift, die merklich günstiger liegen. Die Niederlande wären — und das ist recht plausibel — gleich „teuer“ wie Deutschland. Nur Österreich bleibt auch in dieser Rechnung deutlich günstiger.

⁷ Vgl. u. a. Statistisches Bundesamt, Tourismus in Zahlen 1996, S. 204.

⁸ Nicht bereinigt um Ausgaben von Tagestouristen. Allerdings dürften diesbezügliche Unterschiede zwischen den Ländern die Relationen von Einnahmen und Übernachtungen nicht derart verzerren, wie es in der Tabelle 3 zum Ausdruck kommt.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 152 **Selbstverpflichtungen der Industrie zur CO₂-Reduktion.** Von Michael Kohlhaas und Barbara Praetorius. 192 S. 1994. (3-428-08075-0). DM 76,— / öS 555,— / sFr 76,—.
- Nr. 153 **Wirtschaftliche Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Volker Meinhardt, Barbara Praetorius, Hans Wessels und Rudolf Zwiener. 234 S. 1995. (3-428-08292-3). DM 84,— / öS 613,— / sFr 84,—.
- Nr. 154 **Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen.** Von Volker Meinhardt, Bernhard Seidel, Frank Stille und Dieter Teichmann. 104 S. 1995. (3-428-08293-1). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 155 **Technologische Zusammenarbeit von Berliner Unternehmen mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 100 S. 1995. (3-428-08411-X). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.
- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.
- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). DM 74,— / öS 540,— / sFr 67,—.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). DM 148,— / öS 1.080,— / sFr 131,—.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwiener. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle — Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen Toepel. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50,—.
- Nr. 167 **Auswirkungen der Europäischen Währungsunion auf die deutsche Wirtschaft.** Von Sebastian Dullien und Gustav A. Horn. 95 S. 1999. (3-428-10017-4). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Nr. 168 **E-Commerce — Erfolgsfaktoren von Online-Shopping in den USA und in Deutschland.** Von Brigitte Preißl und Hansjörg Haas unter Mitarbeit von Christian Rickert. 112 S. 1999. (3-428-10076-X). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin

Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw.de>

Präsident: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gustav A. Horn, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep, Wolfram Schreittl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Griechenland auf Eurokurs: Maastrichtkriterien erfüllt? Bearbeitet von Joachim Volz. —

Der private Verbrauch in Deutschland im Jahre 1999: Differenzierte Entwicklung in den Verwendungsbereichen. Bearbeitet von Jochen Schmidt. —

Internationaler Reiseverkehr weiterhin lebhaft. Bearbeitet von Renate Filip-Köhn.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Satz: Pinkuin Satz und Datentechnik, Berlin

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Oranienburger Straße 172, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—, zuzüglich Versandkosten.

ISSN 0012-1304